Der Vorsitzende wies auf den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und DIE GRÜNEN vom 17.11.2016 hin und übergab das Wort an Abg. Roth.

Abg. Roth schickte vorweg, dass dieser Antrag nicht zurückgezogen wird. Er begleite bereits seit Jahren das „audit Beruf und Familie“ und habe hierfür geworben, da dies ein strategisches Managementinstrument sei, um auf die Mitarbeiter zuzugehen. Auch Verwaltungen sollten sich seiner Auffassung nach einem audit unterziehen, denn gerade der Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf aber auch um die Erweiterung von Familie und Pflege wird uns in der Zukunft begleiten. Diese Maßnahmen, die von dieser externen Gesellschaft entwickelt werden, führen zu einem Zertifikat, was nach Außen zum Ausdruck bringt, dass es sich um eine familienfreundliche Dienststelle handelt. Er bat um Unterstützung und warb dafür, dass man direkt etwas für die Mitarbeiter tut und über Inhalte innerhalb der Verwaltung redet.

Abg. Seelbach bestätigte, dass die Zielsetzung dieses Antrages zweifellos richtig sei. Auch aus den Ausführungen der Gleichstellungsbeauftragten in der Vergangenheit wisse man, dass man etwas für die Attraktivität des Kreises als Arbeitgeber tun müsse und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wichtiges Instrument dazu sei. Die Frage sei jedoch, ob dies der richtige Weg dazu sei. Er kenne viele audits und habe sehr viel in diesem Bereich zu tun gehabt. Ein Aspekt von audits sei das Hinterfragen und Optimieren der Arbeitsabläufe und der zweite Aspekt sei, dass in Form des Zertifikates der entsprechende Nachweis erbracht werden könne. Er sei jedoch nicht sicher, ob die Kreisverwaltung diese externe Unterstützung und insbesondere dieses Label brauche. Wir seien kein familienunfreundlicher Betrieb und müssten diesen Weg weiter gehen und die Attraktivität weiter steigern. Die Frage sei jedoch wie viele Impulse man von diesem nicht ganz kostengünstigen Dienstleister noch erhalten könne. Das Label brauche man nach seiner Einschätzung nicht, da es keinen Arbeitnehmer überraschen wird, dass der RSK Beruf und Familie vereinbart. Was man brauchen könnte sei der ein oder andere Impuls dazu, dafür muss aber nicht unbedingt dieser Dienstleister der Richtige sein. Er bittet daher die Verwaltung, Referenzen von anderen Landkreisen einzuholen und, dass man sich dann den Markt der audits im Bereich der Familienfreundlichkeit und des Personalmarketings auf Effektivität und Nutzen genauer anschaut.

SKB Pagels sehe dies genau anders und sei der Meinung, dass dieses audit-Verfahren nicht nur nach Außen sondern auch nach Innen hilft, da die Mitarbeiter zufriedener seien weil etwas getan wird. In Deutschland würden die meisten auf Zeugnisse und Zertifikate achten und daher halte er die Sache für sehr positiv. Er verwies noch auf den Landschaftsverband Rheinland, der sehr viel in diesem Bereich für die Mitarbeiter und Öffentlichkeitsarbeit machen würde.

Abg. Klein führte an, dass aufgrund seiner Erfahrung der Effekt, den man sich davon verspreche, meistens nicht erzielt würde und es nur dem nützt, der das audit durchführt. Das erwartete strategische Steuerungsmanagementinstrument würde nur selten eintreten. Insofern sei das gesamte audit-Verfahren seiner Meinung nach rausgeschmissenes Geld.

SKB'in Neuhoff unterstützte die Durchführung dieses audits ausdrücklich und hielt dies für einen sehr guten und wertvollen Ansatz. Im Rahmen dieses audits habe man zum einen ein hohes Maß an Verbindlichkeit, da die Themen in verbindlichen schriftlichen Zielen festgehalten und nach 3 Jahren noch mal auf den Prüfstand gestellt werden. Zum anderen habe man auch den Punkt der Nachhaltigkeit, da man nach 3 Jahren genau prüft, ob die Ziele umgesetzt werden konnten oder nicht. Bei Betrachtung der ganzen Kette der Maßnahmen, dann habe man einen Mehrwert, der weit über den Personalmarketinggedanken hinausgeht, sondern der tatsächlich auch innerhalb der Organisation etwas dazu beiträgt zum Thema Arbeits- und Auftragsorganisation. Hier greife der Satz „Erfahrung ist auch immer eine Lernbehinderung“, da

man sich dann der Chance verschließt, in einem anderen Kontext gegebenenfalls auch positivere Erfahrungen zu machen.

Abg. Becker merkte an, dass man der Kreisverwaltung schon das Gütesiegel geben sollte, für die Güte, die sie verdient habe und ihr dies nicht verwehren. Danach sei das Geld gut angelegt und angemessen. Er bezog sich auch ausdrücklich noch auf die Argumente von SKB Pagels, die alle richtig sind und daher möchte er den Antrag zur Abstimmung bringen.

Abg. Roth ergänzte noch in Bezug auf seine Tätigkeit im Bundesamt für Personalmanagement und seine dort gemachten Erfahrungen mit diesem audit. Gerade in Verwaltungsstrukturen sei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oft eine Floskel, aber durch einen externen Dienstleister würde dies mit Leben gefüllt. Ein audit würde die Strukturen aufbrechen und man könne hier im Personalausschuss kontrollieren und nachsteuern. Auf dem Markt sei man heute nur noch konkurrenzfähig, wenn man mit der Wirtschaft und dem Markt mitgehe.

Abg. Krupp merkte an, dass die Kreisverwaltung in diesen Feldern schon sehr gut aufgestellt sei. Dieses audit schade mit Sicherheit nicht und ihr Fazit sei, dass es immer schwieriger werde, neue gute Mitarbeiter zu gewinnen und, dass diese genau hinsehen, was der Arbeitgeber bietet und in welchen Bereichen er sich bemüht. Das spricht dafür, dieses Geld in die Hand zu nehmen und ihre Tendenz sei ganz klar, den Antrag zu unterstützen.

Abg. Hoffmeister ergänzte, dass ein audit ergebnisoffen sei und sie vermitteln an die Menschen durch Label oder Zertifikate Wissen in einer komplexen und kompakten Form zugleich. Audits sind der Versuch, sehr komplexe Faktoren zu objektivieren.

Abg. Seelbach führte aus, dass ihm das zu viel Geld sei und er an dem Kosten-Nutzen-Verhältnis zweifelt. Er bat die Verwaltung darum, etwas zu ihrer Einschätzung hierzu zu sagen und den Antragsteller vor der Realisierung um das Einholen von Referenzen von anderen Kommunen bevor man das Geld hierfür ausbebe.

Der Landrat bot an, dass die Gleichstellungsbeauftragte und er nach dem Beschluss in der Lage seien, Referenzen dem Protokoll beizufügen.

Der Vorsitzende bat um Abstimmung zu dem vorgetragenen Antrag.